

13/11/98

Seite 4 · Frankfurter Rundschau

*u. Differenz
ja europäischer*

IMBLICKPUNKT

Türkeipolitik wird „netter verpackt“ Kein Kurswechsel in Bonn, aber freundliche Töne

Von Richard Meng (Bonn)

Die rot-grüne Bundesregierung versucht, das Verhältnis zur Türkei zu entspannen — vorwiegend durch einen neuen Ton, weniger bislang durch einen wirklichen Kurswechsel.

Man sollte den Schwenk in der deutschen Türkeiipolitik „nicht überbewerten“, warnt der Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn. „Im Grunde“ handelt es sich

rungsgrund für einen EU-Beitritt der Türkei sein könne. Ex-Kanzler Helmut Kohl (CDU) hatte in Ankara mit Äußerungen über die christliche Wertegemeinschaft den Eindruck genährt, daß Bonn die Europäische Union als christlich geprägte Veranstaltung betrachtet und die Türken vor allem deshalb auf Distanz hält. Da hilft es der neuen Mehrheit, daß sie das Bekenntnis zur Religion nicht so demonstrativ vor sich herträgt wie die christliberalen Vorgänger.

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sagte in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung Gerhard Schröders (SPD), Kohl habe „einen großen Fehler“ gemacht, „den Türken die Tür vor der Nase zuzuschlagen“. Die EU sei „keine Religionsgemeinschaft“. Hier gebe es einen „klaren Unterschied“ zur bisherigen Politik.

Das war bereits die Reaktion auf freundliche Töne aus Ankara direkt nach den deutschen Wahlen. Das Verhältnis zur Türkei sei tatsächlich ein Beispiel dafür, daß die neue Regierung „nicht unbedingt“ nur auf Kontinuität setze, sagt Fischers Staatsminister Günter Verheugen (SPD). Auch er betont „selbstverständlich“, daß die alte Bonner Türkeiipolitik „falsch und schädlich“ sei und die Tür zur EU für die Türken „offen“ bleibe.

Letzteres freilich hat auch Fischers Vorgänger Klaus Kinkel (FDP) immer gesagt, und in der Substanz der Türkeiipolitik macht auch Rot-Grün bislang keine neuen Vorschläge. Fischer hat neben der nötigen Angleichung der Wirtschaft an EU-Niveau ausdrücklich auch Menschenrechts-, Demokratie- und Minderheitsfragen sowie den Grenzstreit mit Griechenland genannt, von deren „Lösung“ die Beitrittsperspektive abhängt. Er hat sogar von der EU als „Werte- und Interessengemeinschaft“ gesprochen. Das sind exakt die Probleme, die bisher verhindert haben, daß die Türkei zum aktuellen Beitrittskandidaten wurde.

Ankara und Bonn wollen einen Neuanfang im bilateralen Verhältnis. Das ist die Botschaft, und sie setzt mehr auf Atmosphärisches. In allen praktischen Fragen sei man wie bisher „eingebunden in europäische Beschlüsse“, heißt es betont vorsichtig im Ministerium. Neue Angebote gebe es nicht.

Auch Verheugen findet: „Die Türkei in die laufenden Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, halte ich für eine Überlegung, die im Augenblick noch viel zu früh ist.“ Das aber fordert Ankara.



DAS GESPRÄCH

Wo immer sich in Deutschland Widerstand regt — da gibt es einen, der schreibt mit. Und das schon seit Jahrzehnten. „Protest gilt hierzulande eher als Makel“, sagt Wolfgang Kraushaar. Am Montag. In der FR.

Frankfurter Rundschau

auch jetzt um „alte Formulierungen, aber netter verpackt“. Immerhin das ist neu: Im letzten Jahr der Kohl-Regierung, als das Verhältnis zu Ankara wegen des Streits über die türkische EU-Beitrittsperspektive immer angespannter wurde, war die Türkeiipolitik gleichfalls unverändert, die Tonlage jedoch zunehmend schriller geworden.

Nur an einem einzigen, für die Türken aber hochemotionalen Punkt hat es die neue Bonner Regierung nun leichter: Rot-Grün macht von Beginn an klar, daß der Unterschied der Religionen kein Hinde-

I
,
I

N
fi
at
re
W